

AKTUELLE CHRONIK

(Juni - August 1983)

von

Herbert Kaminski

S Ü D A S I E N

Am 2.8. schlossen sieben Staaten mit rd. 1 Mrd. Menschen (Indien, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka, Bhutan, Nepal, Malediven) in Neu-Delhi eine Vereinbarung über die "Südasiatische Regionale Zusammenarbeit" (SARC), die die Bereiche Landwirtschaft, Post, Fernmeldewesen und Transport umfaßt. Diese erste, nach zweijährigen Verhandlungen zustande gekommene Vereinbarung soll - nach Ansicht der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi - helfen, künftig auswärtigem Druck besser standzuhalten. In der Zusammenarbeit müssen alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden und bilaterale Fragen sind ausdrücklich nicht Aufgabe der SARC. Eine Kooperation auf dem Gebiet des Handels kam nicht zustande, da alle indischen Nachbarstaaten fürchten, bei Handelserleichterungen von indischen Waren überschwemmt zu werden.

BANGLADESH. Am 6.6. wies Kriegsrechtsverwalter General Ershad die Forderung der Opposition nach Wiederherstellung parlamentarischer Regeln zurück. Die Allianz aus 18 Oppositionsparteien erneuerte am 9.6. ihre Forderung nach Abhaltung von freien Wahlen und Übergabe der Regierung an Zivilisten.

Am 18.7. begannen in Dhaka Verhandlungen zwischen Bangladesh und Indien über die Zuteilung des Ganges-Wassers.

Am 27.7. soll auf General Ershad nach Berichten der "Hindustan Times" ein Attentat aus den Reihen der Armee versucht worden sein.

Am 31.7. Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Gruppen der Awami-Liga in Dhaka. Am 3.8. wurden sechs Führer der Awami-Liga aus der Partei ausgeschlossen.

Am 12.8. Besuch des pakistanischen Außenministers Yaqub Khan.

INDIEN. Während des Berichtszeitraums mehrere schwere Zusammenstöße zwischen rivalisierenden politischen Gruppen in West-Bengalen, Kaschmir und Assam.

Bei den Landtagswahlen am 5.6. in Jammu und Kaschmir gewann die islamische "National Conference"-Partei im 76-sitzigen Parlament die absolute Mehrheit. Verlierer der Wahl war die Kongreß-Partei Indira Gandhis. Am 12.6. wurde der Führer der "National Conference"-Partei, Farooq Abdullah, Chefminister von Jammu und Kaschmir.

Am 7.6. Besuch des PLO-Führers Yasser Arafat.

Am 8.-18.6. Europa-Reise der Ministerpräsidentin Gandhi, u.a. zur UNCTAD-Konferenz nach Belgrad und nach Österreich.

Mitte Juni Zusammenstöße zwischen schiitischen und sunnitischen Moslems in Kaschmir sowie zwischen Hindus und Moslems im Punjab; zweite Hälfte Juni und Ende August schwere Unruhen extremistischer Sikhs im Punjab.

Am 29.6. Besuch des US-Außenministers Shultz. Die USA werden wieder - nach einer längeren Unterbrechung - Ersatzteile für das von ihnen erbaute Atomkraftwerk Tarapur bei Bombay liefern.

Chandra Shekhar, Präsident der oppositionellen Janata-Partei, marschierte von Januar bis Juni 4.000 km vom südindischen Kanyakumari bis nach Neu-Delhi, um Kontakt zum indischen Dorf herzustellen.

Ende Juni über 500 Tote bei schweren Überschwemmungen in Gujarat; Anfang Juli auch in anderen Landesteilen verheerende Unwetter.

Am 2.7. ging das erste ausschließlich von Indern konstruierte und gebaute Atomkraftwerk (zwei Schwerwasser-Reaktoren von je 235 MW) bei Kalpakkam im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu in Betrieb.

Am 8.7. wurde eine verschärfte Kontrolle der 3.300 km langen Grenze der indischen Staaten Assam, Tripura und Bengalen zu Bangladesh beschlossen, um weiteres Eindringen illegaler Zuwanderer zu verhindern; die Errichtung eines Stacheldrahtzauns ist geplant; am 12.7. wurde die Aufstellung einer paramilitärischen Sondereinheit zur Sicherung von Ruhe und Ordnung in Assam bekanntgegeben.

Mitte Juli Streiks von Regierungsangestellten in Andhra Pradesh und ein eintägiger Generalstreik in Banda/Uttar Pradesh. Am 2.8. 14stündiger Generalstreik in Tamil Nadu als Protest gegen die Verfolgung der Tamilen in Sri Lanka.

Am 21.7. gab Verteidigungsminister Venkataraman bekannt, daß Indien nach Erwerb von Mirage- und MIG-Kampflugzeugen die Luftüberlegenheit über seine Nachbarn erreicht habe und 1983 mehr als 1,26 Mrd. US\$ für die Herstellung eigener Rüstungsgüter ausgeben werde. Am 25.7. meldete die indische Nachrichtenagentur UNI, daß die indische Armee mit der modernisierten Version des sowjetischen

Kampfpanzers T-72 (ausgestattet mit Laser-Zielsuchgerät und 125-mm-Kanone) ausgerüstet werden soll.

Am 8.8. bildeten zwei Oppositionsparteien, die rechtsgerichtete hinduistische Bharatiya-Janata-Partei (BJP) und die Lok Dal (Volkspartei), eine landesweite Allianz, um der regierenden Kongreß-Partei Indira Gandhis bei der nächsten Unterhauswahl gemeinsam entgegenzutreten. Die Allianz wirft der Regierung Unfähigkeit und Korruption vor. Indira Gandhi bezeichnete den Zusammenschluß als "Scherz".

Am 11. und 14.8. Gespräche der Ministerpräsidentin in Neu-Delhi über das Problem der Tamilen in Sri Lanka.

Am 21.8. beschuldigte die Polizei den militanten Sikh-Führer Jarnail Singh Bhindranwale, zur Gewalt aufzufordern.

Am 30.8. explodierten beim Besuch Rajiv Gandhis in Assam zwei Bomben, ohne diesen zu verletzen.

NEPAL. Am 11.7. wurde Ministerpräsident Surya Bahadur Thapa durch einen erfolgreichen Mißtrauensantrag des Parlaments zum Rücktritt gezwungen, daraufhin mußten seine 22 Minister ebenfalls zurücktreten; Thapa wurden Korruption und Mißwirtschaft während der Nahrungsmittelkrise 1982 vorgeworfen. Am 12.7. wählte die Nationalversammlung den 44jährigen Juristen Lokendra Bahadur Chand zum Ministerpräsidenten. Am 13.7. billigte König Birendra das neue Kabinett aus 21 Ministern.

PAKISTAN. Vom 2.-5.6. Gespräche zwischen dem pakistanischen und indischen Außenminister über die gegenseitigen Beziehungen.

Am 9./10.6. Gespräche von Außenminister Yaqub Khan in Moskau über den Afghanistan-Konflikt; ein erfolgversprechender Lösungsansatz ergab sich nicht.

Nach Angaben pakistanischer Behörden vom 26.7. soll es in Pakistan über 1 Mio. Heroinabhängige geben. Pakistan ist einer der größten Rauschgiftproduzenten der Welt.

Am 2.7. Besuch des US-Außenministers Shultz.

Am 3.7. wurde Irshad Rao, Herausgeber der verbotenen Zeitschrift "Al-Fatah", nach 30 Monaten Haft entlassen.

Anfang Juli Zusammenstöße zwischen schiitischen und sunnitischen Moslems in Karachi.

Am 11.7. ernannte der Oberste Kriegsrechtsverwalter (= Präsident) General Zia-ul Haq muslimische Geistliche zu Beratern für die politische Entwicklung des Landes.

Am 25.7. Besuch des chinesischen Außenministers Wu Xueqian.

Am 27.7. Bekanntgabe der Bildung von Anti-Terror-Streitkräften.

Am 6.8. Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda.

Am 11.8. vorsorgliche Verhaftung von 30 führenden Oppositionellen der aus acht Parteien bestehenden "Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" (MRD), da diese für den 36. Jahrestag der Unabhängigkeit am 14.8. Protestaktionen gegen das Militärregime angekündigt hatte. Am 12.8. erklärte General Zia-ul Haq, bis zum März 1985 allgemeine Wahlen durchzuführen und das Kriegsrecht (das z.Z. jedwede politische Aktivität verbietet) abzuschaffen, allerdings auf der Basis einer veränderten Verfassung, durch die die Position des Präsidenten gestärkt werden soll; die Opposition lehnt ab, sie verlangt sofortige Wahlen und unveränderte Beibehaltung der Verfassung von 1973. Trotz vorbeugender Verhaftungen und Wahlversprechen brachen am 14.8. heftige Unruhen aus, an denen sich mehrere 100.000 Menschen beteiligten und die bis zum Ende des Berichtszeitraums anhielten; sie konzentrierten sich anfangs auf Karachi und die Provinz Sindh (Heimatprovinz des ehemaligen Ministerpräsidenten Bhutto) und dehnten sich dann auf Baluchistan sowie andere Landesteile aus (bisher 40 bis 60 Tote).

Am 14.8. erklärte General Zia-ul Haq, Pakistan wolle wieder dem Commonwealth beitreten, doch müsse dies unter ehrenhaften Bedingungen geschehen. Pakistan hatte Anfang der 70er Jahre unter Bhutto das Commonwealth verlassen, nachdem das abtrünnige Bangladesh von mehreren Commonwealth-Mitgliedern völkerrechtlich anerkannt worden war.

Vom 29.8.-2.9. Reise des Generals Zia-ul Haq in die Türkei.

Am 30.8. sprach sich Verteidigungsminister Talput für ein definitives Verbot der "Pakistanischen Volkspartei" (PPP) sowie gegen Verhandlungen mit der MRD und die Freilassung von Benazir Bhutto (Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten) aus.

SRI LANKA. Am 29.6. wurde Sepala Ekanayake, der im vergangenen Jahr eine Alitalia-Maschine entführt hatte, in Colombo zu lebenslanger Haft verurteilt.

Am 5.7. traten drei Führer der oppositionellen "Sri Lanka Freiheitspartei", u.a. auch Vize-Präsident Hector Kobbekaduwa, von ihren Parteiämtern zurück.

Am 5.7. beschuldigte "amnesty international" Armee und Polizei Sri Lankas, politische Häftlinge zu foltern; am 6.7. wies die Regierung die Beschuldigungen zurück.

Bereits Anfang Juni politische Morde und Übergriffe separatistischer Tamilen in Jaffna/Nord-Sri Lanka, denen die Regierung mit verschärften Notstands-Verordnungen, Ausgangssperren und Truppenverstärkung begegnete. Eine Beruhigung gelang nicht. Eskalation, nachdem am 23.7. aus einem Hinterhalt dreizehn Regierungssoldaten getötet wurden. Vom 24.-27.7. gewalttätige Rassenunruhen zwischen der überwiegend hinduistischen Minderheit der Tamilen (ca. 20% der Bevölkerung) und der überwiegend buddhistischen Mehrheit der Singhalesen; der radikale Teil der Tamilen fordert einen separaten Staat. Im Laufe der Unruhen wurden nach offiziellen Angaben 386 - nach inoffiziellen 1.000-2.000 - Menschen getötet und über 100.000 durch Verbrennen der Häuser obdachlos (jeweils ganz überwiegend Tamilen); der materielle Schaden wird auf über 200 Mio. US\$ geschätzt. Die in Colombo und Süd-Sri Lanka verfolgten Tamilen zogen z.T. in den Norden und Osten der Insel (wo sie gebietsweise die Mehrheit bilden), z.T. wanderten sie nach Indien aus. Am 30.7. verbot Präsident Jayewardene auf der Basis der Notstandsbestimmungen mit sofortiger Wirkung drei links-orientierte Parteien: die pro-sowjetische "Kommunistische Partei", die "Volksbefreiungsfront" und die trotzkistische "Neue Sozialistische Partei"; anschließend zahlreiche Verhaftungen. Am 5.8. beschloß das Parlament eine Verfassungsänderung, nach der jede Form des Separatismus und seine Propagierung streng bestraft wird und zum Verlust der bürgerlichen Rechte führt. Diese Verfassungsvorschrift kann zum Verbot der größten Oppositionspartei, der "Tamil United Liberation Front", führen, die z.Z. über 17 Parlamentssitze verfügt. Die Befürchtung der Regierung, Indien könne zum Schutz der ca. 3 Mio. Tamilen militärisch eingreifen, erwies sich als unbegründet (im süd-indischen Tamil Nadu leben über 50 Mio. Tamilen). Am 17.8. Verlängerung des Ausnahmezustandes für das ganze Land um einen weiteren Monat. Am 29.8. brachen erneut Rassenunruhen in Batticaloa/Ost-Sri Lanka aus.

S Ü D O S T A S I E N

Mitte Juni ratifizierten Malaysia, Indonesien und Thailand das im März 1983 in London geschlossene Abkommen über die Bildung einer Zinnproduzenten-Vereinigung, der "Association of Tin Producing Countries" (ATPC); die drei Länder fördern mehr als 2/3 der Weltzinnproduktion.

Vom 23.-25.7. Jahrestagung der ASEAN-Außenminister in Bangkok; anschließend am 26./27.7. Treffen mit den Außen-

ministern der USA, Kanadas, Japans, Australiens, Neuseelands und der EG (vertreten durch den Ratspräsidenten Genscher). Verhandlungsthemen waren u.a. die wirtschaftliche Zusammenarbeit, der weltweit wachsende Protektionismus und erneut die Kambodscha-Frage.

Am 4.8. beschuldigten die USA vor der UNO die Sowjetunion, chemische Kampfstoffe den Vietnamesen zum Einsatz in Laos und Kambodscha zu überlassen. Im August wurden Untersuchungsergebnisse bekannt, die den Verdacht, die von den USA im Indochina-Krieg von 1961-71 zum Zwecke der "Entlaubung" des Dschungels versprühten Herbizide und Pestizide (u.a. auch "Agent Orange" mit dem hochgiftigen Dioxin) seien für schwere genetische Schäden bei Neugeborenen verantwortlich, verstärkten. Die australische Regierung hat zur weiteren Untersuchung dieses Zusammenhangs eine "Royal Commission" einberufen.

BIRMA. Einer "Säuberungsaktion" in den politischen Führungsgremien fielen im Juli u.a. Brigadegeneral Tin Oo, ehemaliger Geheimdienstchef, einer der Generalsekretäre der Staatspartei, Mitglied des Politbüros sowie des Staatsrats und bisher als Nachfolger Ne Wins im Gespräch, und General Bo Ni, Innen- und Religionsminister, zum Opfer. Tin Oo befindet sich unter Hausarrest, am 8.8. wurde gegen ihn Anklage wegen Veruntreuung von 250.000 US\$ staatlicher Gelder erhoben; Bo Ni sitzt im Gefängnis, ein Gerichtsverfahren wegen Korruption, Unterschlagung und Zollvergehens wurde gegen ihn eröffnet.

BRUNEI. Am 15.8. gab Sultan Sir Muda Hassan al-Bolkiah bekannt, daß sich Brunei nach Erlangung vollständiger Unabhängigkeit Anfang 1984 um Mitgliedschaft in der ASEAN und im Commonwealth bemühen werde.

INDONESIEN. Am 3.6. Besuch des australischen Premierministers Bob Hawke.

Anfang Juni Cholera-Epidemie auf Sumatra (27 Tote). Anfang Juli mindestens 90 Tote durch eine Malaria-Epidemie auf Gorom/Molukken.

Am 27.6. Gespräche von Norodom Sihanouk, Präsident des Demokratischen Kampuchea, mit Präsident Suharto.

Im Juli wurde bekanntgegeben, daß Bundeskanzler Kohl Indonesien am 4./5. Nov. d.J. besuchen wird.

Am 20.7. beschuldigte "amnesty international" die indonesische Armee, mutmaßliche "Fretelin"-Anhänger auf Ost-Timor zu foltern. Am 21.7. wies das Verteidigungsministerium diese Vorwürfe zurück. Am 16.8. gab Armeechef Ge-

neral Murdani bekannt, daß die Streitkräfte "Fretelin"-Guerillas, die dem Aufruf zur Aufgabe nicht Folge leisten, gnadenlos verfolgen werde,

Am 17.8. (Nationalfeiertag) gab die Regierung die Freilassung von 3.198 Gefangenen und Strafreduzierung bei weiteren 14.000 Verurteilten durch Präsidenten-Erlaß im Rahmen einer Amnestie bekannt.

KAMBODSCHA. Im Juni/Juli flohen erneut ca. 6.000 Kambodschaner nach Thailand. Grund dafür soll ein verschärftes Vorgehen vietnamesischer Soldaten gegen Zivilisten sein, die der Zusammenarbeit mit Widerstandsgruppen verdächtigt werden.

Am 3.8. sollen - nach Angaben einer kambodschanischen Widerstandsgruppe - vietnamesische Soldaten 300 Mitarbeiter der Heng Samrin-Regierung verhaftet haben; nach diesen Quellen soll angeblich auch Heng Samrin selbst in Hanoi in Ungnade gefallen sein; jeder offizielle Hinweis auf solch eine Veränderung fehlt bisher.

Am 4.8. starb Nhem Sopon, ein loyal zu Sihanouk stehender Guerillaführer, an Malaria.

Am 19.8. beschloß die Nationalversammlung in Phnom Penh, den 20. Mai jeden Jahres als "Tag des Hasses" gegen das 1979 mit vietnamesischer Hilfe gestürzte Regime der Roten Khmer zu begehen. Nach den Ergebnissen einer kambodschanischen Untersuchungskommission sollen unter der Herrschaft der Roten Khmer von 1975-79 mehr als 2,7 Mio. Menschen umgebracht oder an Hunger und Erschöpfung gestorben sein, außerdem soll es noch 568.663 Vermißte, ca. 200.000 verwaiste Kinder und 141.848 Krüppel geben.

LAOS. Mitte Juni sollen etwa 50 Regierungsmitarbeiter wegen Korruption und parteischädigenden Verhaltens verhaftet worden sein.

MALAYSIA. Am 2.6. wurden vier durch Rücktritte frei gewordene Ministerposten neu besetzt; außerdem wurden fünf Parlamentsmitglieder zu Stellvertretenden Ministern ernannt.

Am 16.6. gab der Stellv. Premierminister und Innenminister Datuk Musa Hitam bekannt, daß die Polizei 75 kg Heroin (Schwarzmarktwert ca. 400 Mio. DM) sichergestellt und 33 Personen eines internationalen Rauschgiftringes verhaftet habe. Malaysia gilt als eines der Hauptdurchgangsländer für Rauschgift, obwohl dort auf Rauschgifthandel die Todesstrafe steht.

Mitte Juni beschloß die Regierung, gemeinsam mit der japanischen Mitsubishi Motor Co. eine eigene Automobilindustrie aufzubauen. Das zu gründende Gemeinschaftsunternehmen soll sich zu 70% im Besitz des malaiischen Staates, zu 30% im Besitz der japanischen Firma befinden und eine Kapazität von 120.000 Fahrzeugen pro Jahr erreichen.

Am 22.6. entschied eine Untersuchungskommission, daß Außenminister Tan Sri Ghazali Shafie für den Flugzeugabsturz der Privatmaschine im Januar 1982 verantwortlich sei. Der Minister steuerte die Maschine trotz schlechter Sicht zu tief; er überlebte als einziger der drei Insassen den Absturz.

Am 27.7. trat der Minister für Energie, Kommunikation und Post, Datuk Leo Moggie, aus der "Sarawak National Party" aus und erklärte, er wolle eine neue Partei gründen, die sich mehr für die Rechte der Dayaks (Ureinwohner auf Borneo) einsetze.

Am 3.8. verabschiedete das Unterhaus auf Antrag des Premierministers Mahathir eine Verfassungsänderung, durch die eine Machteinschränkung des Königs zugunsten der Legislative erfolgt.

PHILIPPINEN. Am 7.6. demonstrierten 8.000 Menschen, angeführt von katholischen Priestern und Nonnen, gegen die Verfolgung von kirchlichen Mitarbeitern durch das Militär. Am 12.6. demonstrierten mehr als 5.000 Menschen für den Abzug der US-Basen. Am 19.7. traten 40 Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik, um so gegen die Haftbedingungen zu protestieren.

Am 23.6. Abwertung des Pesos um 7,3%; neue Parität 1 US\$ = 11 Pesos. Außerdem wurden Kürzungen im Regierungsbudget und bei Entwicklungsprojekten vorgenommen sowie die Strom- und andere Energiepreise angehoben, um so dem wachsenden Zahlungsbilanzdefizit zu begegnen und Zusagen gegenüber Weltbank und Internationalem Währungsfonds als Gegenleistung für einen 843 Mio. US\$-Kredit zu erfüllen. Von den Gesamtausgaben für elf große Industrieprojekte von 5 Mrd. US\$ sollen vorerst 3 Mrd. US\$ eingespart werden. Abwertung und Energiepreisanhebung führten zum Anstieg der Inflationsrate; am 11.7. streikten die Fahrer öffentlicher Verkehrsmittel wegen steigender Preise.

Am 25.6. Besuch des US-Außenministers Shultz. Vom 3.-6.7. Besuch des US-Schlachtschiffes "New Jersey".

Mitte Juli richtete der Taifun "Vera" schwere Zerstörungen an, mindestens 160 Menschen kamen ums Leben. Am 18.8. verursachte ein Erdbeben schwere Schäden (mindestens 21 Tote).

Im Sommer 1983 hat sich durch die wirtschaftliche Abwärtsentwicklung und die verheerende Dürre die Sicherheitslage in Teilen des Landes - vor allem im Süden - verschlechtert. Die "Neue Volksarmee" (NPA), der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei, soll auf 5.000-7.000 Mann angewachsen sein (die NPA spricht von 20.000 Kämpfern).

Am 6.8. gab die Regierung bekannt, daß z.Z. 1.100 Menschen ohne Gerichtsverfahren inhaftiert sind.

Am 21.8. wurde der ehemalige Senator, populärste Oppositionspolitiker und aussichtsreichste Gegenkandidat von Präsident Marcos, der 50jährige Benigno Aquino, bei seiner Rückkehr aus dreijährigem freiwilligen Exil in den USA auf dem Flughafen Manila erschossen. Der angebliche Attentäter wurde nahezu gleichzeitig von Sicherheitskräften ebenfalls erschossen. Im In- und Ausland besteht der Verdacht, daß Präsident Marcos oder ihm nahestehende Kreise für den Mord verantwortlich sind. Japanische Journalisten wollen gesehen haben, wie Aquino von den ihn "schützenden" Sicherheitskräften erschossen wurde. Präsident Marcos beschuldigte am 22.8. Kommunisten der Tat; eine nicht bewiesene Behauptung. Ob US-Präsident Reagan wie beabsichtigt im Nov. die Philippinen besuchen wird, soll z.Z. noch nicht entschieden sein. Der frühere US-Vizepräsident Mondale sagte: "Der Mord muß die Behauptung verstärken, daß das Marcos-Regime ein Polizei- und Unterdrückerstaat ist." Selbst Ministerpräsident Virata soll eine Beteiligung an diesem Mord von Kreisen, die der Regierung angehören oder ihr nahestehen, nicht für ausgeschlossen halten. Die eingesetzte Untersuchungskommission besteht bis auf eine Ausnahme ausschließlich aus Freunden von Präsident Marcos. An der Beerdigung Aquinos sollen lt. AFP 3 Mio. Menschen teilgenommen haben - die größte regierungsfeindliche Demonstration gegen das Marcos-Regime, die je stattgefunden hat. Erzbischof Kardinal Sin sagte in seiner Predigt, im Land herrsche "ein Klima von Tyrannei und Unterdrückung".

SINGAPUR. Am 30.8. gab das Verteidigungsministerium bekannt, Singapur werde ein Flugzeug-gestütztes Radar-Frühwarnsystem kaufen, um damit einen Beitrag für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in der Malacca-Straße zu leisten.

THAILAND. Anfang Juni flüchteten durch Kämpfe zwischen birmanischen Regierungstruppen und Karen-Rebellen mehr als 4.000 Menschen nach Thailand.

Am 8.6. kamen elf hohe Regierungsbeamte und Offiziere bei der Explosion eines Hubschraubers in Nord-Thailand

ums Leben. Die Regierungsdelegation war auf einer Inspektionsreise zu Feldern, die für desertierte kommunistische Guerillas zur Verfügung gestellt werden sollen.

Am 30.7. Besuch des chinesischen Außenministers Wu Xueqian.

Im August gelangen der Armee mehrere erfolgreiche Attacken gegen die "Shan United Army" des "Drogenkönigs" Khun Sa im thailändisch-birmanischen Grenzgebiet. Außerdem wurden über 200 kg Heroin beschlagnahmt, zahlreiche Händler verhaftet und Rauschgiftlabors zerstört.

VIETNAM. Im Juni entschied das niedersächsische Kabinett, daß aus Seenot gerettete Vietnamesen wieder in der Bundesrepublik aufgenommen werden sollen. Am 15.7. lief das Rettungsschiff "La Goelo", unter französischer Flagge und getragen von einem französischen Verein und dem Deutschen Notärzte-Komitee, ins südchinesische Meer aus. Ab August soll auch ein Suchflugzeug eingesetzt werden. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissars wurden von Feb.-April d.J. 11.000 vietnamesische Flüchtlinge registriert, dazu kommt noch eine unbestimmte Anzahl von auf der Flucht Umgekommener und in südostasiatischen Ländern illegal Eingewanderter.

Ende Juni tagte das 4. Plenum des Zentralkomitees, behandelt wurden u.a. privatwirtschaftliche Auswüchse im vietnamesischen Wirtschaftssystem.

Am 29.7. Besuch des australischen Außenministers Bill Hayden.

Am 1.8. wurden dreizehn Personen, unter ihnen fünf Jesuiten, in Ho Chi Minh City umstürzlerischer Aktionen angeklagt.

O S T A S I E N

VR CHINA. Vom 1.-12.6. inoffizieller Besuch von Kim Jong Il (Sohn und vorgesehener Nachfolger des nord-koreanischen Staatspräsidenten Kim Il Sung).

Am 6.6. nahm China nach 34jähriger Abwesenheit seinen Platz in der "International Labour Organisation" (ILO) ein.

Vom 6.-21.6. fand in Peking die 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses statt. Die einmal pro Jahr zusammentretenden 2.977 Delegierten wählten nach 15jähriger Pause wieder einen Staatspräsidenten (Li Xiannian) und dessen Stellvertreter (Ulanhu), ernannten acht neue Minister und beschlossen die Errichtung eines Ministeriums für Staatssicherheit. Den Schwerpunkt des Regierungsbe-

rechts von Ministerpräsident Zhao Ziyang bildeten Wirtschaftsfragen. Im Anschluß an die 1. Tagung des VI. NVK trat dessen neugewählter Ständiger Ausschuß vom 23.-24.6. zu seiner 1. Sitzung zusammen, um drei Stellvertretende Generalsekretäre und mehrere Botschafter zu ernennen. Parallel zur NVK-Tagung fand die 1. Tagung des VI. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes vom 4.-22.6. statt.

Im Juni beschloß die VR China, dem Antarktis-Vertrag beizutreten und eine permanente Forschungsstation in der Antarktis aufzubauen.

Am 10.6. starb Liao Chengzhi, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und Stellv. Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, im Alter von 75 Jahren an Herzversagen; er sollte am 18.6. zum Stellv. Staatspräsidenten gewählt werden.

Am 16.6. widerrief die Regierung das der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm eingeräumte Recht, auf den Flügen nach Hongkong Kanton als Ausweichflughafen zu benutzen und chinesisches Gebiet zu überfliegen, da die PanAm ab 15.6. wieder einen regelmäßigen Flugverkehr mit Taiwan aufnahm. Der Linienverkehr der PanAm nach Peking und Shanghai wurde bisher nicht eingeschränkt.

Mitte Juni teilte US-Handelsminister Baldrige in Washington mit, daß die amerikanische Regierung eine Lockerung der Exportbeschränkungen für Hochtechnologie im Handel mit der VR China beschlossen habe.

Am 23.6. wurde ein Abkommen zwischen der VR China und der DDR über Zusammenarbeit im Post- und Fernmeldewesen unterzeichnet.

Ab 11.7. Verhandlungen über chin.-amerikanische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie in Washington. Beide Seiten bekundeten ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluß eines Nuklearvertrages.

Am 16.7. Besuch von W. Lini, Ministerpräsident von Vanuatu.

Mitte Juli forderte Deng Xiaoping erneut Gespräche über eine Wiedervereinigung mit Taiwan; er sagte der Insel zu, ihr eigenes Gesellschaftssystem und ihre eigene Armee, Rechtsprechung und Verwaltung behalten zu können.

Mitte Juli reiste eine chin. Wirtschaftsdelegation nach Japan, um über den Kauf von 16 Konsumgüter-Produktionsanlagen zu verhandeln.

Am 13.7. führten die USA die Visapflicht beim Transit für chinesische Staatsbürger wieder ein.

Ende Juli wurden die chin. Devisenbestimmungen gelockert, um den Zu- und Abfluß von Investitionen und Gewinnen ausländischer Unternehmen zu erleichtern.

Am 3.8. Besuch des australischen Außenministers Bill Hayden.

Im ersten Halbjahr 1983 betrug der Handelsbilanzüberschuß der VR China 1,1 Mrd. Yuan (555,6 Mio. US\$).

Am 17.8. wurde Ji Pengfei zum Zuständigen für die Fragen im Zusammenhang mit Hongkong und Macao ernannt.

Am 19.8. Gespräche des KPCh Generalsekretärs Hu Yaobang mit E. Berlinguer, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, in Nanking.

In der zweiten Hälfte August Besuch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau; dabei äußerten hohe chin. Funktionäre den Wunsch nach deutscher Beteiligung am Reaktorbau in China.

Am 24.8. führte eine Delegation des gegen die Apartheid kämpfenden "Pan-African Congress of South Africa" Gespräche mit Außenminister Wu Xueqian.

HONGKONG. Am 30.7. Reise von Gouverneur Sir Edward Youde nach London.

Am 30.7. Ankunft von Xu Jiatus (Mitglied des ZK der KPCh) als Leiter der Hongkonger Filiale der chin. Nachrichtenagentur Xinhua und damit als inoffizieller Vertreter Pekings.

Ab 11.7 streng geheime britisch-chinesische Gespräche in Peking über die Zukunft Hongkongs; Delegationsleiter auf chin. Seite Vize-Außenminister Yao Guang, auf britischer Seite Sir Percy Cradock, Botschafter in Peking (beteiligt auch erstmals Gouverneur Youde). Ein gemeinsames Kommuniqué vom 13.7. besagte, daß "die Gespräche nützlich und konstruktiv" gewesen seien. Fortsetzung der Verhandlungen vom 25.-27.7. und vom 2.-4.8., ebenfalls in Peking.

JAPAN. Am 7.6. Demonstration in Naha/Okinawa gegen amerikanische Manöver. Am 19.7. Antikriegs-Demonstration in Toyko.

Am 21.6. wurde ein hochrangiger Sowjet-Diplomat wegen Industriespionage ausgewiesen.

Bei den Oberhauswahlen vom 26.6. konnte die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) ihre Position um drei Mandate verstärken: Sie verfügt jetzt über 136 der insgesamt 252 Sitze. Die größte Oppositionspartei, die Sozialistische Partei Japans (SPJ), büßte vier Mandate ein und verfügt jetzt über 43 Sitze.

Am 12.7. wurde bekanntgegeben, daß die Verteidigungsausgaben im Haushalt 1984 überdurchschnittlich steigen sollen, um 6,88%.

Besuche: am 17.7. vom pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq; am 25.7. vom australischen Außenminister Bill Hayden; am 31.7. vom dänischen Ministerpräsidenten P. Schlüter; am 29.8. vom süd-koreanischen Außenminister Lee Bum Suk.

SÜD-KOREA. Am 9.6. beendete der Regierungskritiker Kim Young Sam nach 23 Tagen seinen Hungerstreik; anschließend wurde sein Sekretär, Kim Duk Yong, verhaftet und wegen Landesbeleidigung und Verstoßes gegen das Verbot politischer Aktivität angeklagt; Kim Young Sam konnte wegen der durch den Hungerstreik erlittenen Schwächung erst am 30.6. das Krankenhaus verlassen.

Am 19.6. erschossen süd-koreanische Truppen drei nord-koreanische Soldaten beim Versuch, in den Süden einzudringen, am 5.8. weitere vier.

Bei einer Kabinettsumbildung am 6.7. wurde Suh Suk Joon zum Stellv. Ministerpräsidenten und Wirtschaftsplanungsminister sowie Choo Young Bok zum Innenminister ernannt.

Am 7.8. desertierte ein chin. Testpilot mit einer MiG-21 nach Süd-Korea. Peking verlangte vergeblich die Auslieferung des Piloten; diesem wurde am 13.8. erlaubt, in Taiwan Asyl zu beantragen.

Am 8.8. Besuch von Datuk Seri Mahathir Mohamad, Premierminister von Malaysia.

Am 11.8. ließ die Regierung 134 politische Gefangene frei und gab weiteren 551 die bürgerlichen Rechte zurück.

Am 23.8. gab Präsident Chun Doo Hwan bekannt, daß er nach Ablauf der jetzigen Amtsperiode 1988 zurücktreten werde.

Am 24.8. wurden neun Menschen verhaftet, die vor der Philippinischen Botschaft wegen der Ermordung Aquinos demonstriert hatten.

TAIWAN. Überschwemmungen forderten Anfang Juni mindestens 24 Menschenleben. Am 7.6. ein Flugzeugabsturz auf Quemoy (17 Tote).

Am 9.6. hob die Regierung den Handelsboykott gegenüber Vietnam und Laos auf, da jetzt beide Staaten der taiwanesischen Fluggesellschaft "China Airlines" das Überfliegen ihres Territoriums gestatten.

Am 14.7. wurde bekannt, daß Taipei den Kauf weiterer vier Unterseeboote in den Niederlanden beabsichtigt. Am 15.7. gab das US-Verteidigungsministerium einen ihrer größten Waffenverkäufe an Taiwan bekannt (530 Mio. US\$).

Am 29.7. lehnte die Regierung das Gesprächsangebot von Deng Xiaoping ab.